



20. November 2019

Arbeit im Landtag

#HalbzeitBilanz - Schwarz-Gelb macht Politik für die Wenigen!

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Woche gab es auf den Autobahnen von NRW wieder mehr als 500 km Stau. Eine Qual für alle Pendlerinnen und Pendler, die jeden Tag mit dem Auto zur Arbeit müssen. Und eine Frechheit, wie Ministerpräsident Armin Laschet darauf reagiert hat, als wir ihn im Rahmen seiner Halbzeitbilanz an seine Versprechen aus dem Wahlkampf 2017 erinnern haben. „Simpel und unterkomplex“, so seine Antwort. Das hören seine Wählerinnen und Wähler bestimmt gern, wenn sie weiterhin „jeden Tag ins Lenkrad beißen müssen“.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Wenn man als Ministerpräsident einfach das Blaulicht anmachen oder in den Hubschrauber steigen kann, um Stau zu entgehen, scheint man die Welt so zu sehen. Zweieinhalb Jahre ist es jedenfalls her, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW ihr Amt angetreten hat. Zweieinhalb Jahre voller uneingelöster Versprechen:

- **Der Lehrermangel in NRW wird nicht kleiner, er wird immer größer.**
- **Die Wirtschaft in NRW ist im ersten Halbjahr 2019 gerade einmal um 0,1 Prozent gewachsen. (Das muss wohl diese Entfesselung sein.)**
- **Die Investitionsquote des Landes steigt nicht, sie fällt.**
- **Die Staus werden nicht kürzer, sondern länger.**

Eine ziemlich ernüchternde Bilanz. CDU und FDP haben ihr Pulver offenbar längst verschossen. Wobei man sich eher fragen muss: Hatten sie je welches? Hinzu kommt, dass diese Landesregierung das Land zunehmend spaltet. Ein Beispiel: Wohnungspolitik. Seit Schwarz-Gelb regiert, ist der Soziale Wohnungsbau um über 30 Prozent zurückgegangen. In den Kitas herrscht Verwirrung. Es gibt viel zu wenig Personal. Die Finanzierung bleibt unsicher. Wegen der Reform des sogenannten KiBiz drohen Träger sogar schon mit der Schließung. Ausreichend Lehrerinnen und Lehrer gibt es nur an Gymnasien. Ansonsten verwaltet Bildungsministerin Gebauer den Lehrermangel. A13 für alle? Ein schulscharfer Sozialindex? Fehlanzeige. Das Programm zur Beibehaltung von Straßenausbaubeiträgen bedeutet für viele Menschen den finanziellen Ruin. Und mit der Abschaffung der Stichwahl bei Kommunalwahlen offenbart diese Landesregierung ein seltsames Demokratieverständnis. Dabei brauchen wir heutzutage – dringender denn je – MEHR Demokratie. Nicht weniger!

Noch nie hatte eine Landesregierung so gute Voraussetzungen wie diese. Und noch nie hatte eine Landesregierung innerhalb kürzester Zeit so viele Bürger-Bündnisse gegen sich. Die Menschen setzen sich im Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen“ gegen den Abbau der Mieterrechte zur Wehr. Erzieherinnen und Erzieher demonstrieren gegen die Kita-Politik. Auch gegen die Abschaffung der Stichwahl hat sich ein Bündnis gebildet. Und für die Abschaffung der ungerechten Straßenausbaubeiträge gibt es zahlreiche Bürgerinitiativen im ganzen Land. Diese Landesregierung bringt die Menschen gegen sich auf. Sie macht zu viel Politik für Wenige. Und zu wenig Politik für Viele.

Wir als SPD-Fraktion stehen für das Gegenteil. Wir wollen gestalten, statt spalten. Wir wollen sozialen Fortschritt.

Dafür haben wir in den letzten 2,5 Jahren unsere Akzente gesetzt. Wir wollen Wohnen bezahlbar machen. Wir machen uns stark für die Wiedereinführung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Wir wollen gerechte Bildungschancen und starke Familien. Jede Schule muss eine Talentschule sein. Deshalb sollen Lehrkräfte mit einem Sozialindex dort verstärkt zum Einsatz kommen, wo Kinder die meiste Unterstützung brauchen. Für uns gilt weiterhin: Kitas müssen vollständig gebührenfrei sein. Wir wollen die ungerechten Straßenausbaubeiträge abschaffen. Und haben einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Wir wollen eine Demokratie der Vielen. Deshalb haben wir gegen die Abschaffung der Stichwahl geklagt und fordern mit einem Gesetzentwurf das Wahlalter 16 bei Landtagswahlen.

Wer die Zukunft demokratisch gestalten will, muss dafür in der Gegenwart Akzeptanz schaffen. Wir stehen deshalb für eine gesamtgesellschaftliche, verantwortungsvolle Politik, damit zusammenbleibt, was zusammengehört.

#SozialerFortschritt.

Für die Vielen, nicht die Wenigen.

Weitere Infos gibt es hier

Paritätsgesetz für mehr Frauen in den Parlamenten

Heike Gebhard ist eine von 54. Eine von 54 weiblichen Abgeordneten im Landtag NRW. **Bei insgesamt 199 MdL sind das gerade einmal 27,1 Prozent.**

Zu wenig, davon sind wir überzeugt. Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen in politischen Ämtern und Mandaten auf allen Ebenen deutlich unterrepräsentiert. Deshalb bringen wir zusammen mit der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im aktuellen Plenum einen Gesetzentwurf für ein Paritätsgesetz ein. Damit sollen Listen von Parteien für Landtagswahlen künftig im Reißverschluss-Verfahren vollständig paritätisch besetzt werden. Ohne ein solches Paritätsgesetz wird es nicht zu einer Veränderung der politischen Kultur kommen. **Deshalb erwarten wir, dass alle demokratischen Fraktionen hier im Landtag NRW den Weg für mehr Frauen in den Parlamenten gemeinsam mit uns gehen.**

Drucksache 17/7753



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Nachhaltige Industriepolitik

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat einen starken industriellen Kern. 20 Prozent der Wertschöpfung und ca. 20 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in der Industrie, das sind etwa 1,3 Millionen Menschen. Wenn wir über Digitalisierung und Dekarbonisierung (= CO₂-Reduzierung) sprechen, dann sprechen wir also auch über diesen starken industriellen Kern der NRW-Wirtschaft. Dann sprechen wir über 1,3 Millionen Menschen. Es geht um die Frage, wie wir die Industriepolitik nachhaltig so gestalten, dass dieser starke Kern zukunftsfähig bleibt. Das erfordert riesige Investitionen, enorme Forschungs- und Entwicklungsleistungen sowie große Umstrukturierungen in industriellen Prozessen. Von Seiten der Landesregierung passiert auf diesem Gebiet nicht viel. Wirtschaftsminister Pinkwart konzentriert sich fast nur noch auf die digitale Start-up-Szene. Für die Industrie ist diese Landesregierung kein Ansprechpartner mehr. **Mit unserem Plenarantrag fordern wir sie u.a. dazu auf, das industriepolitische Leitbild mit Blick auf gezielte Förderung innovativer industrieller Lösungen zu überarbeiten.**



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Drucksache 17/7758

9. November in der Erinnerung wachhalten

Der 9. November wird immer auch der Tag der Reichspogromnacht von 1938 sein. Sein dunkler Schatten reicht bis heute. Ereignisse wie der Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 macht uns alle nach wie vor fassungslos. Wir müssen uns endlich bewusst werden, dass unsere offene und freie Gesellschaft von Rechts bedroht wird. Wir müssen den Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft verstärken. Dazu fordern wir ein Lagebild Antisemitismus.

Leider wollten sich CDU und FDP unserem Antrag, trotz frühzeitiger Abstimmungsversuche, nicht anschließen. Mit teilweise bedenklichen historischen Thesen relativierten sie die Bedeutung der Reichspogromnacht des 09. November 1938, indem ihr Antrag das Datum in eine Reihe anderer historischer Ereignisse stellte—für die AfD eine Gelegenheit, gemeinsam mit CDU und FDP zu stimmen. Ohne Not haben die regierungstragenden Fraktionen einen traditionellen und zentralen Konsens unter Demokratinnen und Demokraten in Frage gestellt.

Drucksache 17/7757

Zuverlässige Rahmenbedingungen für den Strukturwandel

Ein gelingender Strukturwandel setzt zuverlässige Rahmenbedingungen voraus. Im Fokus steht dabei die rechtliche Absicherung der Fördermittel im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen. **Die Absicherung der finanziellen Zusagen und der Unterstützung des Bundes durch einen Staatsvertrag oder eine Bund-Länder-Vereinbarung würden eine deutlich höhere Verlässlichkeit für die Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier und im Ruhrgebiet bedeuten.** Das wäre auch ein starkes Zeichen für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen.

Drucksache 17/7759



Urheber: Privat

Keine Geschenke zum 100. Geburtstag der Grundschule?

In diesem Jahr feiern wir das 100-jährige Jubiläum der Grundschulen. Ein guter Anlass eigentlich, um den von Schulministerin Gebauer seit Langem versprochenen Masterplan „Grundschule“ vorzulegen. Stattdessen haben die Lehrverbände der Landesregierung einen Denktzettel verpasst und damit die Bildungsmisere an den Grundschulen in NRW dokumentiert—Grund genug für eine Aktuelle Stunde am vergangenen Donnerstag.

Drucksache 17/7857

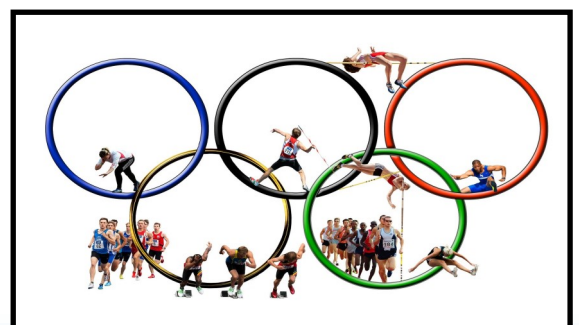


Urheber: www.pixabay.com / laterjay

Olympische Spiele an Rhein und Ruhr: nachhaltig und bürgernah

Olympische und Paralympische Spiele sind eine große Chance für das Sportland NRW, wenn sie nachhaltig und mit Blick auf Infrastruktur und Strukturwandel gestaltet werden. Die Weichen dafür sind durch das vorliegende Konzept gelegt. Wichtige Voraussetzung ist aber auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Eine Bewerbung für die Spiele kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Zustimmung der Menschen in unserem Land findet. Dafür wollen wir werben und bringen zusammen mit den demokratischen Fraktionen des Landtags einen gemeinsamen Antrag ein.

Drucksache 17/7755



Urheber: www.pixabay.com / Gellinger

Wahlkreisarbeit

Rege Beteiligung an der Veranstaltung „Fraktion vor Ort: Straßenausbaubeiträge abschaffen“



Urheber: Gianluca Bruno

Wie geht es mit den Straßenausbaubeiträge in NRW weiter—Thema der Veranstaltung „Fraktion vor Ort: Straßenausbaubeiträge abschaffen“ im Erich-Kästner-Haus in Erle.

Stefan Kämmerling MdL, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, stellte den aktuellen Sachstand dar. Die von der schwarz-gelben Landesregierung nun vorgeschlagene Regelung, die Maximalbeiträge zu begrenzen, sei ungerecht und an Bürokratie kaum zu überbieten. „Zusätzlich entsteht für die Kommunen ein erhebliche Verwaltungsaufwand, der nicht vom Land beglichen wird. In ihrem eigenen Ministerium jedoch hat die zuständige Ministerin für die Abwicklung des Förderprogramms neue Stellen geschaffen“, **kritisiert Stefan Kämmerling**.



Urheber: Gianluca Bruno



Urheber: Gianluca Bruno

„Die Stadt Gelsenkirchen leistet seit Jahren große Anstrengungen, um relativ geringe Straßenausbaubeiträge auf die Betroffenen umzulegen. Der Vorschlag der Landesregierung würde die Stadt kaum entlasten und daher käme auch bei den Bürgerinnen und Bürgern in Gelsenkirchen kaum etwas an. Wir fühlen uns auch nach der Veranstaltung in unserer Position bestätigt: Die Beiträge sind ungerecht und gehören komplett abgeschafft!“, **lautet das Fazit von Heike Gebhard**.

„Unser Vorschlag ist unbürokratisch und entlastet die Anwohnerinnen und Anwohner, genauso wie die kommunalen Verwaltungen. Das ist wahrer Bürokratieabbau und keine Entfesselungsshow à la Laschet.“, **ergänzte Sebastian Watermeier und fügte hinzu:** „Die Bürgerinnen und Bürger in NRW können sich auf die SPD-Landtagsfraktion verlassen. Unser Gesetzesentwurf liegt seit November 2018 auf dem Tisch. Wir bleiben dabei, dass unser Gesetzesvorschlag gerecht und finanzierbar ist! Nun liegt es an der Regierungskoalition.“

Große Unsicherheit bestand bei den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern über die Behandlung bereits erfolgter Ausbaumaßnahmen, sowie über die Ausgestaltung möglicher Stichtagsregelungen. Die drei Abgeordneten sagten zu, die offenen Fragen in die Beratungen der Fraktion einzubringen.

90 Jahre BP in Gelsenkirchen - Festakt im Hans-Sachs-Haus

Der Festakt „90 Jahre Ruhr Oel GmbH - BP Gelsenkirchen“ lockte über 100 geladene Gäste ins Hans-Sachs-Haus. Eine entsprechende Rede hielt NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. Er blickte dabei unter anderem auf die Anfänge der Werksgründung bis hin zum enormen Stellenwert des Werks für die Region. Zeit. BP Gelsenkirchen ist mit aktuell 2001 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie 156 Auszubildenden für die Emscher-Lippe-Region der größte industrielle Arbeitgeber.

Zwei Milliarden Euro wird BP in den kommenden zehn Jahren in den Standort Gelsenkirchen investieren - auch ein hoher Vertrauensbeweis für das Werk. Die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier gratulieren auf diesem Wege nochmals herzlich und wünschen weiterhin viel Erfolg für die Zukunft.



Urheber: www.pixabay.com / webdesignnewcastle

Jubiläumsfeier: 100 Jahre VHS in Gelsenkirchen

Exakt vor 100 Jahren, genauer gesagt am 10. November 1919, wurde die Volkshochschule in Gelsenkirchen gegründet. Vor langer Zeit also, umso erfreulicher ist es gewesen, dass am 10. November 2019 das 100-jährige Bestehen gefeiert werden konnte. Unter den zahlreichen Gästen aus Wirtschaft und Politik, waren auch der Oberbürgermeister Frank Baranowski sowie der parlamentarische Staatssekretär aus dem Kultusministerium, Klaus Kaiser, anwesend.

Egal ob ein Schulabschluss nachgeholt werden soll, oder eine neue Sprache gelernt wird—der Stellenwert einer derartigen Einrichtungen für die Stadtgesellschaft ist immens hoch. Heike Gebhard und Sebastian Watermeier wünschen der Bildungseinrichtung für die Zukunft weiterhin alles Gute. Auf eine erfolgreiche Bildungsarbeit!



Urheber: www.pixabay.com DarkWorkX

Schülergruppe des Gauß-Gymnasiums besucht Landtag

In der letzten Woche besuchte der Gelsenkirchener Nachwuchs, genauer gesagt das Carl-Friedrich-Gauß Gymnasium, den Landtag in Düsseldorf. Eine Stunde lang hatten die Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse die Möglichkeit ihre Fragen an Sebastian Watermeier zu stellen.

Was Sebastian Watermeier schnell feststellen durfte: Ein „Ihr könnt mich alles fragen“ seinerseits, mündet manchmal auch in Fragen nach seiner Reaktion im Falle einer Zombieapokalypse. Ob die Frage ausreichend beantwortet worden ist, das kann nur der Fragesteller beurteilen. Vielen Dank an die Schülerinnen und Schüler für den Besuch!



Urheber: Büro Watermeier

Vorlesetag 2019 — Heike Gebhard liest für Kinder und Seniorinnen

Im Rahmen des bundesweiten Vorlesetags besuchte die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard das Seniorenzentrum Haunerfeld im Erler Norden. Fast 30 Bewohnerinnen und Bewohner freuten sich über die Abwechslung. Die Abgeordnete hatte Kurzgeschichten von Utta Danella, Erich Kästner, Barbara Noack und Kurt Tucholsky ausgewählt. Gebannt lauschten die Seniorinnen und Senioren den originellen Geschichten, die Sie zum Lächeln brachten. In der folgenden Woche war sie zu Gast in der „Bülser Flohkiste“ am Blomberger Weg. Die Freude über Geschichten aus dem Buch „Wer schnarcht im 13. Stock?“ war so groß, dass es in zwei Gruppen vorgelesen werden musste.



Urheber: Privat



Urheber: Privat

„Ich unterstütze diese einzigartige Initiative zur Stärkung der Vorlesekultur in Deutschland seit vielen Jahren, denn Vorlesen regt die Fantasie an, fördert die Sprach- und Lesentwicklung von Kindern und eröffnet damit Bildungschancen für eine erfolgreiche Zukunft. Ebenso weckt es Erinnerungen bei Senioren und regt die Kommunikation auch untereinander an. Es ist mir eine Herzensangelegenheit, diese Aktion zu begleiten.“

Der Bundesweite Vorlesetag ist das größte Vorlesefest Deutschlands, dass 2019 bereits zum 16. Mal stattfand. Über eine halbe Millionen Menschen haben im letzten Jahr teilgenommen und ein öffentliches Zeichen für die Bedeutung des Vorlesens gesetzt.

Gewerkschaftsjugend des DGB besucht SPD-Fraktion im Landtag

Drei Tage lang konnte eine Gruppe der DGB-Jugend NRW einen Einblick in die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion gewinnen. Neben einigen Gesprächen mit Abgeordneten in größeren Gruppen wurden Tandems zwischen Abgeordneten und Gewerkschaftsjuniorinnen gebildet.

So begleitete Kasiani Kalaitzidis (Mitte), duale Studentin im DGB-Haus der Jugend, die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard zu Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des entsprechenden Arbeitskreises der Fraktion.

Ziel des dreitägigen Besuchs ist es, den persönlichen Austausch zwischen SPD-Landtagsfraktion und Gewerkschaftsjugend zu intensivieren. Aus diesem Grund ist geplant, diese Veranstaltung in Zukunft regelmäßig durchzuführen.



Urheber: Daniel Schlieffe

Termine

[LANDTAGSTALK]

Gelernt
ist längst nicht
mehr gelernt.

Weiterbildung und Qualifizierung in der digitalen Arbeitswelt

NRW
DIE FRAKTION

SPD

EINLADUNG

DONNERSTAG • 21. NOVEMBER 2019 • 17.30 UHR

LANDTAG NRW • PLENARSAAL • PLATZ DES LANDTAGS 1 • 40221 DÜSSELDORF

[Anmeldung](#)
[Ablauf](#)

Wir befinden uns inmitten eines digitalen Strukturwandels, von dem ganze Wirtschaftssektoren, Branchen und Unternehmen unterschiedlich betroffen sind und sein werden. Arbeits- und Beschäftigungsformen, wie auch Tätigkeitsprofile und Berufsbilder verändern sich. Der digitale Wandel hat einen großen Einfluss auf die Art und Weise wie wir arbeiten.

Jugendwerkstatt 2019
„Faires NRW“

NRW
DIE FRAKTION

SPD

EINLADUNG

DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG NRW

Aus diesem Grund lädt die SPD-Fraktion im Landtag NRW bis zu 15 Personen im Alter von 16 bis 27 Jahren am 22.11. zur 1. Jugend-Werkstatt ein.

[Anmeldung](#)
[Ablauf](#)

„Think Global – Act Local“

Das Land Nordrhein-Westfalen kann und muss noch mehr zu einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologischen Politik für unsere Städte und Gemeinden beisteuern. Mithilfe der Jugendwerkstatt möchten wir hier unseren Blickwinkel erweitern, denn Nachhaltigkeit muss vor allem vor Ort stattfinden. Wir laden Dich zu uns in die SPD Fraktion ein, um politische Antworten auf dieses Motto zu erarbeiten und Dich aktiv einzubringen.

[LANDTAGSTALK]

Nach der KiBiz-Reform
ist vor der
KiBiz-Reform

Fester Sockel statt Kindpauschale – Finanzierung für alle Beteiligten sichern

NRW
DIE FRAKTION

SPD

EINLADUNG

MONTAG • 25. NOVEMBER 2019 • 17.30 UHR

LANDTAG NRW • SPD-FRAKTIONSSAAL / E3D01 • PLATZ DES LANDTAGS 1 • 40221 DÜSSELDORF

Der vorliegende Gesetzentwurf zur KiBiz-Revision hat deutlich gezeigt: Es ist allerhöchstens ein Reförmchen, welches den Status Quo fortschreibt. Das kann nur ein Zwischenspiel, keine grundlegende Reform sein.

[Anmeldung](#)

Die Fachwelt ist sich einig, dass Kindpauschalen die völlig falsche Grundlage für die Finanzierung der frühkindlichen Bildung sind. Denn: Sie lassen alle Beteiligten im Unklaren: Träger in der Planungssicherheit, Erzieherinnen und Erzieher in ihrer persönlichen Planung und Familien in der Frage des Betreuungsplatzes. Gelder fließen erst mit abgeschlossenem Betreuungsvertrag. Damit herrscht aber in der Einrichtung lange Zeit Unklarheit über die Finanzierung des nächsten Kitajahres.